



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

10/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

| | |
|---|---|
| Russische Föderation – Situation von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern | 3 |
| Ägypten – Zur Situation von LGBTIQ-Personen | 6 |
| Russische Föderation – Neuer MedCOI Country Report | 7 |
| Äthiopien – Neuer Länderreport zum bewaffneten Tigray-Konflikt | 8 |

Aus der Rechtsprechung

| | |
|--|---|
| VG Augsburg / Mali: Kein Abschiebungsverbot bei einem alleinstehenden, gesunden, arbeitsfähigen Mann aus Bamako | 8 |
|--|---|

Blick zum Nachbarn

| | |
|--|---|
| Türkei – AIDA Country Report 2021 Update | 9 |
|--|---|

| | |
|-------------------------------|----|
| Neuerwerbungen der Bibliothek | 11 |
|-------------------------------|----|

| | |
|-----------|----|
| Impressum | 13 |
|-----------|----|



Russische Föderation – Situation von Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern

I. Deserteure

Das russische Strafgesetzbuch sieht nach Art. 338 für Desertierende, definiert als Militärangehörige, die ihre Einheit oder ihren Dienstort ohne Erlaubnis verlassen haben oder nicht erschienen sind, jeweils mit dem Ziel, sich dem Militärdienst zu entziehen, eine Freiheitsstrafe von bis zu sieben Jahren vor.¹ Bei Hinzutreten erschwerender Umstände wie der Desertion in einer Gruppe oder – seit einer Gesetzesänderung am 24. September 2022 – der Desertion unter den Bedingungen einer Mobilmachung oder eines bewaffneten Konflikts² sind Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren, in den beiden letztgenannten Fällen von fünf bis 15 Jahren, möglich.³ In Fällen, in denen der Vorsatz einer dauerhaft und nicht lediglich temporär beabsichtigten Entziehung von der Dienstpflicht praktisch nur schwer nachgewiesen werden kann, besteht die Möglichkeit, hilfsweise auf Art. 337 des russischen Strafgesetzbuches zurückzugreifen.⁴ Der Strafrahmen für das unerlaubte Verlassen oder Fernbleiben vom Dienst erstreckt sich hierbei von einer Militärdienstbeschränkung (Soldkürzung und Beförderungsstopp) bis hin zu Freiheitsstrafen, die seit dem 24. September 2022 während einer Mobilmachung oder eines bewaffneten Konflikts regulär bis zu fünf Jahren, bei längerer Abwesenheit (mehr als ein Monat) fünf bis zehn Jahren, betragen können.⁵

Während es seit Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 zahlreiche Meldungen über die Desertion von Militärangehörigen aus den russischen Streitkräften gibt,⁶ liegen zum Vorgehen der russischen Behörden in entsprechenden Fällen nur wenige Berichte vor. So erklärten u. a. die NGO International Crisis Group und das norwegische Zentrum für Herkunftsländerinformationen mit Stand März bzw.

Mai 2022, ihnen seien keine Fälle von Strafverfolgung im Zusammenhang mit Desertion bekannt.⁷ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass in Russland Informationen, die das Kriegsgeschehen in der Ukraine betreffen, vielfach zensiert werden.⁸

In den insgesamt vier Fällen einer Verurteilung nach Art. 338, die innerhalb der zeitlich befristeten Recherche identifiziert werden konnten, wurden im Jahr 2022 Freiheitsstrafen von neun Monaten, zwei Jahren,⁹ zweieinhalb Jahren¹⁰ und (inkl. einer Strafe wegen Drogenverkaufs) sieben Jahren¹¹ verhängt. Die Betroffenen hatten ihre Einheiten unbefugt verlassen und waren zum Teil untergetaucht, wobei die Taten in mindestens zwei Fällen auf die Zeit vor dem Ukraine-Krieg datieren. Mit Blick auf die Bestrafung von Desertierenden nach Art. 337 berichtet das Portal Verstka, dass Vertragssoldaten, die aus Angst vor einer Entsendung in die Ukraine aus den Trainingslagern geflohen sind oder sich nach einer Rückkehr aus der Ukraine nicht wieder in ihren Stützpunkten eingefunden haben, zuletzt immer häufiger mit einer Freiheitsstrafe, wenn auch meist ausgesetzt zur Bewährung, belegt und damit härter bestraft wurden als in der Vergangenheit nach Art. 337 üblich.¹² Die eingangs erwähnte Verschärfung des russischen Strafgesetzbuches, insbesondere die neu eingeführte Untergrenze einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren bei einer Desertion unter den Bedingungen einer Mobilmachung oder eines bewaffneten Konflikts, lässt künftig nochmals deutlich höhere Strafen sowohl bei Ahndung der Tat nach Art. 338 als auch nach Art. 337 erwarten. Zum Umgang mit verurteilten Desertierenden im Strafvollzug, insbesondere zur Frage, ob diese Gruppe im Vergleich zu anderen Gefangenen in besonderem Maße Repressalien ausgesetzt ist, liegen keine Erkenntnisse vor.

Im Hinblick speziell auf Militärangehörige, die versuchen, ihre Einheit in der Ukraine zu verlassen, sei es um kurzfristig einer konkreten Gefechtssituation zu entgehen oder um dauerhaft zu desertieren, gibt es vereinzelt Berichte von ukrainischer Seite über sog. „Exekutionskommandos“, die den Streitkräften nach dem Vorbild entsprechender Einheiten des Innenmi-

1 Art. 338 Abs. 1 des Strafgesetzbuches. Уголовный кодекс Российской Федерации [Criminal Code of the Russian Federation], Fassung vom 24.09.2022, http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_10699/, abgerufen am 05.10.2022

2 Durch den Auffangtatbestand des „bewaffneten Konflikts“ dürfte es den russischen Strafverfolgungsbehörden auch nach Beendigung der am 21.09.2022 verkündeten Teilmobilmachung grundsätzlich möglich sein, den Krieg in der Ukraine als strafverschärfenden Umstand zu werten. So auch: Dimitriew, Denis: В Уголовном кодексе РФ появились слова «мобилизация», «военное положение» и «военное время». Кому и чем это грозит? [The words „mobilization“, „martial law“, and „wartime“ appeared in the Criminal Code of the Russian Federation. To whom and what does this threaten?], <https://meduza.io/cards/itak-v-ugolovnom-kodekse-rf-vot-vot-poyavlyatsya-slova-mobilizatsiya-voennoe-polozhenie-i-voennoe-vremya-komu-i-chem-eto-grozit>, 20.09.2022, abgerufen am 06.10.2022

3 Art. 338 Abs. 2 und 3 des Strafgesetzbuches

4 Kutscherenko, Daria: Российские военные сбегают с полигонов. Часть из них признаётся, что не хочет попасть в Украину [Russian servicemen are fleeing the firing range. Some of them admit they do not want to go to Ukraine], in: Verstka, 11.08.2022, <https://verstka.media/kontraktniki-begut-s-poligonov/>, abgerufen am 06.10.2022

5 Art. 337 Abs. 1 bis 5 des Strafgesetzbuches

6 Cole, Brandon: Russian troops deserting in face of counteroffensive, in: Newsweek, 09.09.2022, <https://www.newsweek.com/russian-troops-deserting-ukraine-counteroffensive-1741471>, abgerufen am 06.10.2022; European Union Agency for Asylum (EUA): COI Query. Russian Federation. Treatment of military deserters by state authorities since the February 2022 invasion of Ukraine (1 February 2022 – 4 April 2022), 05.04.2022, https://coi.europa.eu/administration/easo/PLib/2022_04_Q24_EUAA_COI_Query_Response_Russia_Treatment_of_military_deserters_by_state_authorities.pdf, abgerufen am 05.10.2022, S. 8-10; Svitsova, Sasha, und Zimin, Igor: 'Nobody understood what was happening': Meduza tells the story of Albert Sakhibgareyev – a Russian contract soldier who deserted from the war in Ukraine, in: Meduza, 25.03.2022, <https://meduza.io/en/feature/2022/03/25/nobody-understood-what-was-happening>, abgerufen am 06.10.2022

7 EUA: COI Query. Russian Federation. Treatment of military deserters by state authorities since the February 2022 invasion of Ukraine (1 February 2022 – 4 April 2022), 05.04.2022, https://coi.europa.eu/administration/easo/PLib/2022_04_Q24_EUAA_COI_Query_Response_Russia_Treatment_of_military_deserters_by_state_authorities.pdf, abgerufen am 05.10.2022, S. 11; Landinfo: Russland: Militärtjeneste og unndragelse av militärtjenesteter invasjonen i Ukraina [Russia: military service and evasion of military service after the invasion of Ukraine], 23.05.2022, <https://landinfo.no/wp-content/uploads/2022/05/Re-spons-Russland-Militaertjeneste-og-unndragelse-av-militaertjeneste-23052022.docx.pdf>, abgerufen am 06.10.2022, S. 7

8 So im Ergebnis auch: Aliyev, Huseyn und Mathiesen, Claus, in: Udlændingestyrelsen [Danish Immigration Service]: Rusland. Militærtjeneste [Russia. Military service], Juli 2022, <https://us.dk/media/10535/landnotat-rusland-militaertjeneste-juli-2022.pdf>, abgerufen am 06.10.2022, S. 45f., S. 7

9 Ebd.

10 Красноярский Гарнизонный Военный Суд [Krasnoyarsk Garrison Military Court]: Красноярским гарнизонным военным судом за дезертирство осужден военнослужащий, который скрывался с 2009 года [Krasnoyarsk Garrison Military Court sentenced a serviceman for desertion who has been absconding since 2009], 29.07.2022, http://kgvs.krk.sudrf.ru/modules.php?name=press_dep&op=1&did=623, abgerufen am 06.10.2022

11 Южно-Сахалинский Гарнизонный Военный Суд [Yuzhno-Sakhalinsk Garrison Military Court]: Осужден военнослужащий за намерение сбыть наркотики и дезертирство [Soldier convicted of intent to sell drugs and desertion], 08.06.2022, https://yusgvs.sah.sudrf.ru/modules.php?name=press_dep&op=1&did=904, abgerufen am 06.10.2022

12 Kutscherenko, Daria: Российские военные сбегают с полигонов. Часть из них признаётся, что не хочет попасть в Украину [Russian servicemen are fleeing the firing range. Some of them admit they do not want to go to Ukraine], in: Verstka, 11.08.2022, <https://verstka.media/kontraktniki-begut-s-poligonov/>, abgerufen am 06.10.2022

nisteriums (NKWD) im Zweiten Weltkrieg als Nachhut folgen und flüchtende Soldaten erschießen würden.¹³ Diese Angaben lassen sich jedoch nicht durch unabhängige Quellen überprüfen. Auch nach Einschätzung des Russlandexperten der dänischen Verteidigungsakademie, Claus Mathiesen, der von der dänischen Migrationsbehörde zu dem Themenkomplex befragt wurde, ist ein derartiges Vorgehen russischer Sicherheitskräfte gegen Desertierende in den eigenen Reihen zwar grundsätzlich möglich. Jedoch verfüge auch er diesbezüglich über keine gesicherten Erkenntnisse.¹⁴

II. Kriegsdienstverweigerer

1. Gewissensverweigerer

Art. 59 der Verfassung garantiert das Recht, den Militärdienst aus Gewissensgründen oder wegen der religiösen Glaubensüberzeugung zu verweigern und einen zivilen Ersatzdienst zu leisten.¹⁵ Der Zivildienst dauert, wenn als ziviles Personal in den Streitkräften abgeleistet, 18 Monate (in der Praxis selten), in anderen staatlichen Einrichtungen (z. B. Krankenhaus, Staatsbetrieb) 21 Monate.¹⁶ Jährlich wird eine Liste von Berufen und Einrichtungen erstellt, in denen die Betreffenden den Zivildienst ableisten können,¹⁷ wobei mit Stand März 2022 rund 130 Berufe und 1.000 Einrichtungen gelistet waren¹⁸. Regelmäßig leistet nur ein geringer Teil der Grundwehrdienstpflichtigen Zivildienst. Im Jahresdurchschnitt liegt die Zahl weit unter 2.000 Personen gegenüber 260.000 Wehrdienstleistenden.¹⁹ Hierbei ist neben der geringen Attraktivität des Zivildienstes und hohen bürokratischen Hürden bei der Antragstellung (u. a. Fristende bereits sechs Monate vor dem halbjährlichen Einberufungstermin) zu berücksichtigen, dass Anträge auf Zivildienst laut Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie Pressemeldungen häufig von den zuständigen Einberufungskommissionen (mit zweifelhafter Begründung) abgelehnt werden.²⁰

13 Channer, Mark: Scared Russian troops "fleeing" Kharkiv "shot dead" by their own soldiers for being "deserters" leaving behind their "corpses", in: LLB, 12.09.2022, <https://londonlovesbusiness.com/scared-russian-troops-fleeing-kharkiv-shot-dead-by-their-own-and-the-soldiers-for-being-deserters-leaving-behind-their-corpses/>; Murovlev, Mansur: The real role of pro-Russian Chechens in Ukraine, in: Al Jazeera 18.08.2022, <https://www.aljazeera.com/news/2022/8/18/the-real-role-of-pro-russian-chechens-in-ukraine/>; Кавказ. Реалии [Caucasus.Realities]: Командир батальона Дудаева подтвердил использование кадыровцев как „заградотрядов“ [The commander of Dudayev's battalion confirmed the use of Kadyrov's "barrier troops"], 21.03.2022, <https://www.kavkazr.com/a/komandir-bataljona-dudaeva-podtverdit-ispolizovanie-kadyrovcev-kak-zagradotryadov/31763293.html>; The Jerusalem Post: Russia may be using Commisar "execution squads" again – report, 12.03.2022, <https://www.jpost.com/international/article-701071>, jeweils abgerufen am 07.10.2022

14 Udlændingestyrelsen [Danish Immigration Service]: Rusland. Militærtjeneste [Russia. Military service], Juli 2022, <https://us.dk/media/10535/landnotat-rusland-militaertjeneste-juli-2022.pdf>, abgerufen am 06.10.2022, S. 29, 57

15 Art. 59 Abs. 3 der Verfassung. Конституция Российской Федерации [Constitution of the Russian Federation], Fassung vom 01.07.2020, http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_28399/, abgerufen am 19.10.2022

16 Österreichische Botschaft Moskau: Ausländerbericht zur Russischen Föderation 2021, 30.06.2021, https://www.ecoi.net/en/file/local/2059888/RUSS_%C3%96B_Berecht_2021_06.docx, abgerufen am 19.10.2022, S. 17

17 Федеральная служба по труду и занятости [Rostrud – Federal Labor and Employment Service]: Альтернативная гражданская служба [Alternative civil service], ohne Datum, https://rostrud.gov.ru/rostrud/devyatelnost/?CAT_ID=4580, abgerufen am 19.10.2022

18 Chikov, Pavel (@pchikov): [Telegram], 20.03.2022, <https://t.me/s/pchikov/>, abgerufen am 19.10.2022

19 Auswärtiges Amt: Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Russischen Föderation, 28.09.2022, S. 10; Sargsyan, Daria: Что делать, если я не хочу в армию Инструкция «Медузы» – о том, как пойти на альтернативную гражданскую службу [What to do if I don't want to join the army „Medusa“ instructions – on how to do alternative civil service], in: Meduza, 05.03.22, <https://meduza.io/feature/2022/03/05/chto-delat-esli-ya-ne-hochu-v-armiyu>, abgerufen am 19.10.2022

20 Associated Press: Ukraine war fuels fears among draft-age Russian youths, 02.04.2022, <https://www.ctvnews.ca/world/ukraine-war-fuels-fears-among-draft-age-russian-youths-1.5843952>, abgerufen am 19.10.2022; Sargsyan, Daria: Что делать, если я не хочу в армию Инструкция «Медузы» – о том, как пойти на альтернативную гражданскую

Grundwehrdienstpflichtige Personen können auch unter den gegenwärtigen Bedingungen unverändert einen Antrag auf Zivildienst stellen. Die Antragszahlen sollen dabei seit Kriegsbeginn deutlich gestiegen sein.²¹ Erkenntnisse zur Anzahl der abgelehnten Anträge liegen nicht vor. Für Reservisten besteht demgegenüber laut dem staatlichen russischen Bürgerinformationsportal Explain.rf und der offiziellen Hotline für Fragen zur Teilmobilisierung (entgegen der o. g. verfassungsrechtlichen Garantie) keine Möglichkeit zum Ersatzdienst.²² Anders als im Falle der Einberufung zum Grundwehrdienst fehlt es in Bezug auf die Mobilisierung der Reservisten überdies an gesetzlichen Bestimmungen zur Antragstellung und Ausgestaltung des Zivildienstes (Regelungslücke).²³ Es sind bereits mehrere Fälle dokumentiert, in denen entsprechende Anträge von Reservisten durch die Registrierungs- und Einberufungsämter (Militärkommissariate) abgelehnt wurden; erste Klagen von Menschenrechtsanwältinnen und -anwälten sind anhängig.²⁴

2. Befehlsverweigerer („Refuseniks“)

Nach Schätzungen der NGO Conflict Intelligence Team sollen sich 20 bis 40 Prozent aller aus dem Kriegseinsatz zurückgekehrten Vertragssoldaten einer geplanten erneuten Entsendung in die Ukraine widersetzt haben.²⁵ Auch verschiedene unabhängige russische Medien berichten von einer seit Kriegsbeginn steigenden Zahl von Fällen, in denen Soldaten und Nationalgardisten einen Marschbefehl in die Ukraine ignoriert oder, wenn bereits vor Ort, die erstmalige oder erneute Beteiligung an Kampfhandlungen verweigert haben. Die Schätzungen reichen hierbei von mindestens 1.800 bis hin zu mehreren zehntausend Personen.²⁶

Eine strafrechtrechtliche Verfolgung der Betreffenden hat nach Aussagen der NGO Citizen.Army.Law und des russischen Menschenrechtsanwalts Maxim Grebenyuk mit Stand August 2022 bislang aufgrund

службы [What to do if I don't want to join the army „Medusa“ instructions – on how to do alternative civil service], in: Meduza, 05.03.22, <https://meduza.io/feature/2022/03/05/chto-delat-esli-ya-ne-hochu-v-armiyu>, abgerufen am 19.10.2022;

Bildungswerk für Friedensarbeit e.V.: Der Zivildienst in Russland – ein Randphänomen?, Berlin, 2015, <https://ebco-beoc.org/sites/ebco-beoc.org/files/attachments/Broschu%CC%88re%20Zivildienst%20Russland.pdf>, abgerufen am 19.10.2022, S. 36f.

21 Ilyushina, Mary: As Russia drafts young men, some fear ending up on Ukraine's front line, in: Washington Post, 01.04.2022, <https://www.washingtonpost.com/world/2022/04/01/russia-military-army-conscripts-draft/>, abgerufen am 19.10.2022

22 Объясняем.рф [Explain.rf]: Есть ли альтернативная гражданская служба (АГС) при призыве по мобилизации? [Is there an alternative civil service (ACS) when called up for mobilization?], 25.09.2022, <https://xn--90aivcdt6dxbcxn--p1ai/articles/questions/mobilizatsiya/usloviya-prokhozhdeniya-sluzhby/est-li-alternativnaya-grazhdanskaya-slu-zhba-ags-pri-prizyve-po-mobilizatsii/>, abgerufen am 19.10.2022; Оперштаб Татарстана (Мобилизация) [Operational headquarters of Tatarstan (Mobilization)]: [Telegram], 25.09.2022, <https://t.me/tatarcorona/5971>, abgerufen am 19.10.2022

23 Dmitriev, Denis, und Sargsyan, Daria: Наверное, вы и так понимаете, что мобилизация в РФ – вовсе не «частичная». Кого точно призовут? И как легально не пойти на войну? [You probably already understand that mobilization in the Russian Federation is not „partial“ at all. Who exactly will be drafted? And how can one legally avoid going to war?], in: Meduza, 21.09.2022, <https://meduza.io/cards/naverno-vy-i-tak-ponimaete-chto-mobilizatsiya-v-rf-vovse-ne-chastichnaya-kogo-tochno-prizovut-i-kak-legalno-ne-poyti-navoynu>, abgerufen am 19.10.2022

24 Chikov, Pavel (@pchikov): [Telegram], 12.10.2022, <https://t.me/s/pchikov/>, abgerufen am 19.10.2022; Mediazona: Петербургские суды зарегистрировали 10 исков об оспаривании решений о мобилизации [St. Petersburg courts registered 10 lawsuits to challenge mobilization decisions], 12.10.2022, <https://zona.media/news/2022/10/12/isk>, abgerufen am 19.10.2022

25 Coalsen, Robert: "Inclined toward treason": More and more Russian soldiers reportedly refusing to fight in Ukraine, in: RadioFreeEurope/Radioliberty, 16.04.2022, <https://www.rferl.org/a/russia-ukraine-treason-soldiers-refusing-to-fight/31806466.html>, abgerufen am 19.10.2022

26 Meduza: 'They told us nobody's going to take us home': Russian soldiers held captive in Luhansk region for refusing to fight in Ukraine, 22.07.2022, <https://meduza.io/en/feature/2022/07/22/they-told-us-nobody-s-going-to-take-us-home>, abgerufen 19.10.2022

fehlender Rechtsgrundlage nicht stattgefunden.²⁷ Die Gesetzeslücke wurde jedoch mit der Einführung des Straftatbestands der „Verweigerung der Teilnahme an Militär- oder Kampfhandlungen“ im Zuge der o. g. Gesetzesnovelle vom 24. September 2022 geschlossen, sodass in diesen Fällen nach Art. 332 des Strafgesetzbuches nunmehr Freiheitsstrafen von zwei bis drei Jahren und bei Hinzukommen „schwerwiegender Folgen“ (z. B. erheblicher Materialverlust) von drei bis zehn Jahren möglich sind.²⁸ Daneben kommt es immer wieder zu verschiedenen Formen von Sanktionen und extralegalen Repressalien gegen die Betroffenen mit im Kriegsverlauf in der Tendenz gesteigener Intensität. Hierzu zählen die in der Anfangsphase nahezu ausschließlich praktizierte, laut Menschenrechtsanwältinnen und -anwälte häufig widerrechtliche Entlassung der betreffenden Militärangehörigen aus ihrem Beschäftigungsverhältnis mit dem Verteidigungsministerium,²⁹ ihre Stigmatisierung als Verräter durch entsprechende Einträge in den Wehrpass (roter Stempel; „Neigt zu Verrat, Lüge und Täuschung“), wodurch u. a. die Suche nach einer Anschlussbeschäftigung erschwert wird,³⁰ sowie die Ausübung psychischen Drucks durch vorgesetzte Offiziere mittels Androhung von Strafverfahren und öffentlicher Demütigung (z. B. Aufstellen sog. „Schandtafeln“ mit Porträts der Betroffenen vor der Dienststelle)³¹. Ferner gibt es seit Anfang Juli 2022 Berichte über Militärangehörige, die nach Verweigerung der Teilnahme an der sog. „Spezialoperation“ und/oder Einreichens einer Kündigung ihres Anstellungsvertrags in speziellen Hafteinrichtungen im Donbass festgesetzt wurden, insbesondere im Oblast Luhansk, wo mindestens fünf solcher Einrichtungen dokumentiert sind. Medien beschreiben die Haftbedingungen als menschenunwürdig – einschließlich unzureichender Nahrungsmittelversorgung, schlechter Hygiene und zum Teil physischer Gewaltanwendung.³² Zumindest einige der Einrichtungen sollen

mittlerweile nach Beschwerden von Angehörigen und Rechtsbeiständen wieder geschlossen worden sein.³³

3. Mobilisierungsentzieher

Für das Nichterscheinen im Registrierungs- und Einberufungsbüro (Militärkommissariat) nach Erhalt einer Vorladung zur Mobilisierung sieht Art. 21.5 des russischen Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten wegen Nichterfüllung der Meldepflicht eine Verwarnung oder eine Geldbuße in Höhe von 500 bis 3.000 Rubel (ca. 8 bis 50 Euro) vor.³⁴ Menschenrechtsanwältinnen und -anwälte schließen aber auch Versuche eines Rückgriffs der Strafverfolgungsbehörden auf Art. 328 des russischen Strafgesetzbuches nicht aus (s. u.).³⁵ Dieser sieht für die Entziehung von der Einberufung zum Militärdienst Geldstrafen von bis zu 200.000 Rubel (ca. 3.300 Euro) bis hin zu einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren vor. Nach Durchlaufen der ersten Phasen der Mobilisierung (u. a. Registrierung und Gesundheitsprüfung) und damit einhergehend dem Erwerb des Status eines Militärangehörigen drohen deutlich höhere Strafen einschließlich einer Bestrafung wegen unerlaubten Fernbleibens von der Einheit oder Dienststelle nach Art. 337 des russischen Strafgesetzbuches (s. o.).³⁶ Am 05. Oktober 2022 leitete das Ermittlungskomitee des Oblast Pensa landesweit erstmalig im Zusammenhang mit der am 21. September 2022 erklärten Teilmobilisierung ein Verfahren gegen einen Einwohner nach Art. 328 ein. Gemäß dem Ermittlungskomitee sei er, ohne rechtliche Gründe für eine Befreiung von der Mobilisierung geltend machen zu können, nicht zur Einberufung erschienen. Die Staatsanwaltschaft erklärte das Verfahren jedoch für rechtswidrig; es folgte die Einstellung. Hintergrund ist, dass Art. 328 gemäß einer Klarstellung des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2008 nur auf Personen angewendet werden kann, die sich dem zeitlich befristeten Militärdienst im Rahmen des regulären Grundwehrdienstes entziehen, nicht aber auf Personen im Rahmen einer Teilmobilisierung, mithin nicht auf Reservisten.³⁷

Herkunftslanderanalysen des Bundesamtes

27 Nikitin, Dimitri: В России после начала вооруженного конфликта на Украине военных стали чаще судить за самоволку [In Russia, after the beginning of the armed conflict in Ukraine, the military has been tried for going AWOL more often], in: RTVI, 26.08.2022, <https://rtvi.com/news/v-rossii-posle-nachala-vooruzhennogo-konflikta-na-ukraine-voennyy-stali-chashe-sudit-za-samovolku/>, abgerufen am 06.10.2022; Dudarova, Fariza: Broken down troops. Russian army is in need of soldiers: regions are facing hidden mobilisation, while on the frontlines, servicemen are not allowed to resign, in: Novaya Gazeta Europe, 19.08.2022, <https://novayagazeta.eu/articles/2022/08/19/broken-down-troops>, abgerufen am 19.10.2022

28 Art. 332 Abs. 2.1 und 2.2 des Strafgesetzbuches; Nikolsky, Alexej, u. a.: В России вводят наказания за преступления во время военной операции и мобилизации [Russia introduces penalties for crimes during military operations and mobilization], in: Vedomosti, 21.09.2022, <https://www.vedomosti.ru/society/articles/2022/09/21/941797-prestupleniya-vo-vremya-voennoy-operatsii>, abgerufen am 19.10.2022

29 Skovoroda, Egor: "We drove aimlessly through fields for days." After the invasion began, hundreds of Russian National Guard servicemen refused to fight in Ukraine and returned home, in: Mediaszona, 25.07.2022, <https://en.zona.media/article/2022/06/12/natg>, abgerufen am 19.10.2022; The Moscow Times: «Пусть заводят дело, я не буду больше воевать». Тысячи российских военных пытаются уволиться из армии [„Let them make a case, I won't fight anymore“. Thousands of Russian servicemen try to leave the army], 18.07.2022, <https://www.moscowtimes.ru/2022/07/18/biznes-tsentr-stolkuln-s-rekordnim-begstvom-arendatorov-v-tsentre-moskvi-opustel-kazhdii-pyatii-elitnii-ofis-a22379>, abgerufen am 19.10.2022

30 Coalson, Robert: "Inclined toward treason": More and more Russian soldiers reportedly refusing to fight in Ukraine, in: RadioFreeEurope/RadioLiberty, 16.04.2022, <https://www.rferl.org/a/rossia-ukraine-treason-soldiers-refusing-to-fight/31806466.html>, abgerufen am 19.10.2022

31 The Moscow Times: «Пусть заводят дело, я не буду больше воевать». Тысячи российских военных пытаются уволиться из армии [„Let them make a case, I won't fight anymore“. Thousands of Russian servicemen try to leave the army], 18.07.2022, <https://www.moscowtimes.ru/2022/07/18/biznes-tsentr-stolkuln-s-rekordnim-begstvom-arendatorov-v-tsentre-moskvi-opustel-kazhdii-pyatii-elitnii-ofis-a22379>, abgerufen am 19.10.2022; Dudarova, Fariza: Broken down troops. Russian army is in need of soldiers: regions are facing hidden mobilisation, while on the frontlines, servicemen are not allowed to resign, in: Novaya Gazeta Europe, 19.08.2022, <https://novayagazeta.eu/articles/2022/08/19/broken-down-troops>, abgerufen am 19.10.2022

32 Sergey Satanovskiy: Russian contract soldiers increasingly jailed in occupied Donbas,

in: Deutsche Welle, 04.08.2022, <https://www.dw.com/en/russian-contract-soldiers-increasingly-jailed-in-occupied-donbas/a-62701166>, abgerufen am 19.10.2022; Dudarova, Fariza: Broken down troops. Russian army is in need of soldiers: regions are facing hidden mobilisation, while on the frontlines, servicemen are not allowed to resign, in: Novaya Gazeta Europe, 19.08.2022, <https://novayagazeta.eu/articles/2022/08/19/broken-down-troops>, abgerufen am 19.10.2022

33 Krutov, Mark: How One Crusading Lawyer Battles For The Rights Of Russians Sent To Fight In Ukraine, in: RadioFreeEurope/RadioLiberty, 12.09.2022, <https://www.rferl.org/a/russia-lawyer-rights-soldiers-ukraine-invasion-compensation/32029760.html>, abgerufen am 19.10.2022; Сибирь.Реалии [Siberia.Realities]: Лагерь российских военнослужащих-отказников в Луганске ликвидировали [The camp of Russian servicemen in Luhansk was liquidated], 06.08.2022, <https://www.sibreal.org/a/lager-rossijskih-voennosluzhaschih-otkaznikov-v-luganske-likvidirovali/31976256.html>, abgerufen am 19.10.2022

34 Кодекс Российской Федерации об административных правонарушениях [Code of the Russian Federation on administrative offenses], Fassung vom 24.09.2022, http://www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_34661/, abgerufen am 19.10.2022

35 Nowaya Gazeta Europe: Putin calls Russia to arms. The first mobilisation since 1941 was announced in Russia, but no one understands how it will work. We explain its main aspects, 23.09.2022, <https://novayagazeta.eu/articles/2022/09/23/putin-calls-russia-to-arms>, abgerufen am 19.10.2022

36 Sapozhnikov, Petr, und Osipov, Ivan: Россияне уже начали массово получать повестки. А что, если просто не ходить в военкомат? [Russians have already begun to receive summonses en masse. What if you just don't go to the military registration and enlistment office?], in: Meduza, 21.09.2022, <https://meduza.io/cards/rossiyane-uzhe-nachali-massovo-poluchat-povestki-a-cto-esli-prosto-ne-hodit-v-voenkomat>, abgerufen am 19.10.2022

37 Movsesyan, Lucy: В России отменили первое уголовное дело об уклонении от мобилизации [In Russia, the first criminal case on evading mobilization was cancelled], in: RTVI, 07.10.2022, <https://rtvi.com/news/v-rossii-otmenili-pervoe-ugolovnoe-delo-ob-uklonenii-ot-mobilizaczi/>, abgerufen am 19.10.2022

Ägypten – Zur Situation von LGBTIQ-Personen

Der Danish Immigration Service (DIS) hat im September 2022 einen neuen Country of Origin Information (COI) Report³⁸ zur Situation von LGBTIQ-Personen in Ägypten veröffentlicht. Dieser basiert neben verschiedenen schriftlichen Quellen auch auf einem Interview mit einem Analysten von Human Rights Watch, welches im August 2022 geführt wurde.³⁹ Schwerpunkte des Berichts liegen in der strafrechtlichen Verfolgung von insbesondere Homosexuellen, dem staatlichen Umgang mit Transgender, sowie dem gesellschaftlichen Umgang mit LGBTIQ. Zu Beginn weist der Bericht darauf hin, dass in der konservativen Gesellschaft Ägyptens Religion einen wichtigen Bestandteil der Identität ausmacht. Insgesamt handle es sich um eines der Länder mit der geringsten Akzeptanz gegenüber LGBTIQ.⁴⁰

Gesetzeslage

Auch wenn kein ägyptisches Gesetz einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen explizit unter Strafe stellt oder als illegal deklariert, werden andere Gesetze herangezogen, um Mitglieder der LGBTIQ-Gemeinschaft zu belangen. In diesem Rahmen stellt der Bericht des DIS folgende Gesetze und deren Anwendungsbereich näher vor: das Law on the Combating of Prostitution, das Law on Anti-Cybercrimes and Information Technology Crimes, sowie das Telecommunication Regulation Law.⁴¹

Anklagen gegen LGBTIQ erfolgen häufig auf Grundlage des Gesetzes zur Bekämpfung von Prostitution. Art. 1 (a) sieht eine Bestrafung derjenigen vor, die jemanden zum Zwecke des „schamlosen Verhaltens“ oder der Prostitution anstiften, beschäftigen, oder verführen. Darauf droht eine Haftstrafe von ein bis drei Jahren sowie eine Geldstrafe. Art. 9 (c) sieht eine Bestrafung von Vergehen wie „schamlosem Verhalten“ oder Prostitution von drei Monaten bis zu drei Jahren sowie eine Geldstrafe vor.⁴²

Neben diesem und weiteren Gesetzen⁴³ spielen in den letzten Jahren zunehmend Gesetze bezüglich Cyberkriminalität eine Rolle in der Strafverfolgung von LGBTIQ. Diese Entwicklung folgt einer zunehmenden Digitalisierung der Lebenswelt auch dieser Personen-Gruppe. Strafverfolgungen von LGBTIQ-Personen und Sexarbeitern werden unter Art. 76 des Telecommunication Regulation Laws⁴⁴ abgehandelt, welches den missbräuchlichen Nutzen der Telekommunikation kriminalisiert. Auch der vage formulierte Art. 25 des

38 Danish Immigration Service, Egypt – Situation of LGTB Persons, September 2022, S. 3; <https://us.dk/media/10540/2022-egypt-situation-of-lgbt-persons.pdf>, abgerufen am 14.10.2022.

39 Ebd., S. 3.

40 Ebd., S. 5.

41 Ebd., S. 5-7.

42 Arab Republic of Egypt, Law no. 10 of 1961 on the Combating of Prostitution, 1961 <https://www.refworld.org/docid/5492d8784.html>, abgerufen am 14.10.2022.

43 Danish Immigration Service, Egypt – Situation of LGTB Persons, September 2022, S. 6.

44 Ebd., S. 26.

Gesetzes zur Cyberkriminalität⁴⁵ wird herangezogen. Dieser kriminalisiert die Verletzung traditioneller Werte oder familiärer Prinzipien im Rahmen der Nutzung der Technologie. Er sieht eine Mindesthaftstrafe von sechs Monaten und eine deutlich höhere Geldstrafe als das Gesetz zur Bekämpfung der Prostitution vor. Beide Gesetze fallen unter die Zuständigkeit der Wirtschaftsgerichte, wodurch diese einen zunehmenden Einfluss auf das öffentliche Leben haben, auch wenn ihr Hauptzweck eigentlich in der Klärung finanzieller und handelsbezogener Fälle liegt.

Strafverfolgungspraxis

Der Bericht demonstriert anhand von Fallbeispielen, wie die Strafverfolgungsbehörden Ägyptens gezielt über einschlägige Online-Dating Portale und Websites Mitglieder der LGBTIQ-Community ins Visier nehmen. Unter Vorgabe falscher Tatsachen werden Treffen arrangiert, Zielpersonen festgenommen und unter oben angeführter Rechtslage angeklagt, wobei unter anderem Chatprotokolle als Beweismittel dienen. Der Bericht verweist auf eine entsprechende Fallsammlung, die voraussichtlich im November 2022 im Rahmen eines Berichts von Human Rights Watch veröffentlicht werden soll.⁴⁶

Neben digitalen Beweismitteln spielen auch physische Beweise in der Strafverfolgung von LGBTIQ eine Rolle.⁴⁷ Bei Hausdurchsuchungen gelten Gegenstände wie Kondome, Gleitmittel oder spezifische Kleidungsstücke als belastend, da sie als Absicht für die Durchführung sexueller Handlungen angesehen werden. Solche Hausdurchsuchungen und Festnahmen können auf Initiative von Nachbarn oder Hotelpersonal erfolgen, die verdächtige Treffen melden, was wiederum für einen Durchsuchungsbefehl hinreichend ist.

Routinemäßig werden bei durch die Behörden als Transfrauen oder homosexuell identifizierten Verhafteten zwangsweise Analuntersuchungen durchgeführt, welche Hinweise auf regelmäßige anale Penetration liefern sollen. DIS weist darauf hin, dass nach Angaben des UN-Sonderberichterstatters über Folter derartige Untersuchungen medizinisch nutzlos seien und aufgrund ihres erniedrigenden Charakters Folter oder unmenschliche Behandlung darstellen.⁴⁸

DIS führt aus, dass Human Rights Watch für 2021 und 2022 Fälle von Folter gegen LGBTIQ dokumentiert hat, darunter schwere und wiederholte Gewaltanwendung sowie sexuelle Übergriffe im Polizeigewahrsam, erzwungene Analuntersuchungen und Jungfräulichkeitstests bei Männern und Frauen. Zusätzlich wurden Beschimpfungen, erzwungene Geständnisse, systematische Verweigerung von medizinischer Behandlung und Rechtsberatung sowie eine steigende Anzahl an

45 Ebd., S. 26.

46 Ebd., S. 7f.

47 Ebd., S. 9.

48 Ebd.

Verfolgung von vorgeworfenen gleichgeschlechtlichen Handlungen seit 2017 dokumentiert.

Transgender

Das ägyptische Gesetz unterscheidet hier zwischen einer Geschlechtsumwandlung im Rahmen einer geschlechtsanpassenden Operation für Transgender Personen und einer Geschlechtsanpassung bei Intersexualität.⁴⁹ Transgender Personen werden vom Zugang zu geschlechtsanpassenden Eingriffen häufig ausgeschlossen. Ägypter, die eine geschlechtsangleichende Operation erstreben, müssen einen langen und komplexen Prozess durchlaufen, wobei der erfolgreiche Ausgang nicht garantiert ist.⁵⁰ Nach erfolgter Antragstellung an das Sex Reassignment Committee beim National Doctors Syndicate werden eine Reihe physischer Tests durchgeführt. Jeder Fall wird von einem Gynäkologen und einem Urologen geprüft. Der Antragsteller wird anschließend für zwei Jahre unter psychische Überwachung gestellt. Abschließend entscheidet ein siebenköpfiges Komitee, bestehend aus Ärzten und einem Gelehrten der islamischen Aufsichtsgremien, über den Antrag. Im Falle einer Zusage werden die Kosten für die Operation übernommen, welche an einem öffentlichen oder privaten Krankenhaus durchgeführt wird. Eine offizielle Namens- und Geschlechtsänderung auf bürokratischer Ebene ist dabei nur in Fällen einer Geschlechtsanpassung bei Intersexualität möglich. Aus physischen Gründen wurden dem Bericht nach für die Jahre 2014-2017 insgesamt 87 Fälle genehmigt. Im Bereich der „gender identity disorder“, worunter Transgender Personen üblicherweise kategorisiert werden, wurde keinem Antrag stattgegeben. Aufgrund der geringen Erfolgschancen im Antragsverfahren kommt es zu privat finanzierten Operationen in dafür nicht zugelassenen Krankenhäusern, mit teilweise gravierenden medizinischen Folgen.⁵¹

Gesellschaftlicher Umgang mit LGBTIQ

Zusammenfassend zur Erkenntnislage gibt der Bericht wieder, dass LGBTIQ-Personen in Ägypten physische Übergriffe, öffentliches Outing, Erniedrigung und Erpressung erleben. Ihre sexuelle Orientierung oder Identität bringt unter anderem Probleme auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche oder beim Zugang zu Grundversorgung in Form von Diskriminierung, Stigmatisierung, Einschüchterung oder Belästigung mit sich. Das familiäre Umfeld kann mit körperlicher Gewalt, Schuldzuweisungen, Einschränkungen der freien Bewegung, erzwungener psychologischer Betreuung sowie Zwangsheiraten reagieren. Viele Personen praktizieren Selbstzensur, um ein normales Leben zu führen.⁵²

Abschließend hebt der Bericht hervor, dass in der ägyptischen Gesellschaft Transgender auf mehr

Akzeptanz trifft als Homosexualität. Transgenderpersonen wird zugeschrieben, dass sie von einer Art Fehler betroffen seien, welcher einer Korrektur bedarf, während Homosexuelle als unmoralisch angesehen werden, die abweichendes Verhalten zeigen, welches nicht korrigierbar sei.⁵³

Andrea Moser, 62E

Russische Föderation – Neuer MedCOI Country Report

Im September 2022 wurde durch die Europäische Asyagentur (EUAA) der MedCOI Country Report Russische Föderation⁵⁴ veröffentlicht.

Der Bericht stellt ausführliche Informationen zum Aufbau der russischen Gesundheits-, Krankenversicherungs- und Pharmaziebereiche sowie Verfügbarkeits- und Zugänglichkeitsinformationen zu Gesundheitsdienstleistungen im öffentlichen und privaten Sektor bereit. Insbesondere auch der Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen für Erwachsene und Kinder als auch für vulnerable Personengruppen, wie Seniorinnen und Senioren und Menschen mit mentalen und körperlichen Beeinträchtigungen, wird näher beschrieben. Zusätzlich wird die medikamentöse und fachärztliche Versorgung unterschiedlicher Krankheitsbilder detailliert thematisiert. Im Besonderen werden die Behandlungsmöglichkeiten für kardiovaskuläre, endokrinologische, psychische, nephrologische, neurologische und pulmonologische Erkrankungen erläutert. Auch die Behandlungsmöglichkeiten für infektiöse Krankheiten wie HIV, Hepatitis und Tuberkulose werden aufgeführt.

Insgesamt stellt der Bericht sowohl Stärken als auch Schwächen der Gesundheitsversorgung in der Russischen Föderation fest. Zu den Stärken gehören der umfassende Zugang zur Notfallmedizin, die allgemein kostenlose Versorgung und die relativ gute Behandlungsqualität in den großen Städten und regionalen Zentren. Schwachstellen werden vor allem in der Finanzierung, der personellen Unterbesetzung, der geringen Patientenorientierung und der vergleichsweise schlechteren Versorgung in ländlichen Gebieten identifiziert.

Die Publikation kann über die EUAA-Homepage (<https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-publishes-medical-country-origin-report-russian-federation>) abgerufen und verwendet werden.

Karolina Neufeld, 62E

49 Ebd., S. 12.

50 Ebd.

51 Ebd., S. 13.

52 Ebd., S. 13f.

53 Ebd., S. 14f.

54 MedCOI Country Report Russische Föderation, September 2022; https://coi.euaa.europa.eu/administration/easo/PLib/2022_09_EUAA_MedCOI_Country_Report_Russian_Federation.pdf, abgerufen am 17.10.2022.

Äthiopien – Neuer Länderreport zum bewaffneten Tigray-Konflikt

Der 53. Länderreport aus den Länderanalysen informiert über die bewaffneten Auseinandersetzungen im äthiopischen Regionalstaat Tigray. Hintergrund des Konflikts sind Spannungen zwischen der äthiopischen Regierung und der Regierung Tigrays, der Tigray People's Liberation Front (TPLF), die bereits mit Amtsantritt von Premierminister Abiy im April 2018 begannen. Nach dem mutmaßlichen Angriff tigrayischer Milizen auf Kasernen des äthiopischen Militärs ordnete Abiy Anfang November 2020 den Einmarsch äthiopischer Truppen in Tigray an. Nach vorübergehenden militärischen Erfolgen der äthiopischen Streitkräfte (ENDF) starteten die Tigray Defense Forces (TDF), der militärische Arm der TPLF, im Juni 2021 eine Offensive, bei der es gelang, weite Teile Tigrays einschließlich der Hauptstadt Mekelle zurückzuerobern. Auch in den benachbarten Regionalstaaten Afar und Amhara gelangen der TDF militärische Erfolge. Nachdem die TDF und die mit ihr seit August 2021 verbündete Oromo Liberation Army weitere Städte eroberten und sich bis auf rund 200 Kilometer der Hauptstadt näherten, befürchteten auch sachkundige Beobachtende einen Vormarsch bis nach Addis Abeba. Daraufhin verhängte die äthiopische Regierung im November 2021 landesweit den Ausnahmezustand, forderte die Bevölkerung auf, sich notfalls mit Waffengewalt den Angreifenden zu widersetzen und startete eine Gegenoffensive, bei der es den äthiopischen Verbänden gelang, weite Teile Amharas und Afars zurückzuerobern. Die TDF zog sich nach Tigray zurück, das – mit Ausnahme der von amharischen Einheiten besetzten Western Zone – von der TPLF kontrolliert wird.

Nachdem die äthiopische Regierung am 24. März 2022 einen „humanitären Waffenstillstand“ verkündete, dem die TPLF zustimmte, hatte sich die Lage weitestgehend beruhigt. Zwar bestätigten beide Seiten im Juni 2022 ihre grundsätzliche Bereitschaft zu Friedensverhandlungen, tatsächlich stagnierten die Gespräche aufgrund von Vorbedingungen wie der vollständigen Beendigung der Blockade von Hilfslieferungen nach Tigray. Seit August 2022 kommt es wieder zu Kampfhandlungen in den Grenzregionen Tigrays zu Amhara und Eritrea. Die äthiopischen Streitkräfte und die mit ihr verbündeten amharischen Milizen sowie Eritrea Defense Forces (EDF) sollen eine massive Militäroperation gegen die TDF gestartet haben. Seit Ausbruch des Konflikts gibt es zahlreiche Berichte über gravierende Menschenrechtsverletzungen durch die verschiedenen Konfliktparteien. Die humanitäre Lage in Tigray ist mittlerweile katastrophal. Über 90 Prozent der Bevölkerung sollen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein.

Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Herkunftsländeranalysen des Bundesamtes

VG Augsburg / Mali: Kein Abschiebungsverbot bei einem alleinstehenden, gesunden, arbeitsfähigen Mann aus Bamako

Mit dem Urteil vom 27. September 2022 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Augsburg (Az.: Au 5 K 22.30581), dass bei dem malischen Staatsangehörigen kein Anspruch auf Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG besteht. Zuvor hatte der Antragsteller einen Wiederaufgreifensantrag gestellt, weil sich der Krieg in seinem Heimatland Mali seit seinem letzten Asylgesuch stark verschärft und weiter ausgebreitet habe, sodass seiner Ansicht nach landesweit keine Sicherheit bestünde. Viele Gebiete des Landes seien außerdem von Hunger bedroht. Zu seiner persönlichen Situation gab der Kläger zudem an, dass er Analphabet sei.⁵⁵

Nach den Erkenntnissen des Gerichts befindet sich Mali seit dem Militärputsch im August 2020 in einer Transitionsphase. Nachdem es im Mai 2021 erneut zu einem Putsch kam, übernahm Oberst Assimi Goïta das Amt des Transitionspräsidenten. Die für Ende Februar 2022 vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen könnten laut der Regierung erst nach zwei weiteren Übergangsjahren erfolgen. Gegen Mali wurden wegen Verlängerung der Transition Wirtschafts- und Finanzsanktionen durch die Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) verhängt. Weitere Verhandlungen Malis mit ECOWAS über die Dauer der Transition blieben bisher erfolglos.⁵⁶

Das politische System Malis ist geprägt von den Folgen der islamistischen Besetzung des Nordens im Jahr 2013. Infolgedessen bleibt die Sicherheitslage im Zentrum und Norden des Landes unbeständig. Verschiedene Faktoren be- oder verhindern, dass der Staat sein Gewaltmonopol ausüben und die staatliche Ordnung außerhalb von Städten und größeren Gemeinden durchsetzen kann. So ist auch die Bevölkerung häufig der Willkür der bewaffneten Gruppierungen ausgeliefert und schützt sich durch Zusammenhalt

⁵⁵ Vgl. VG Augsburg, Urteil vom 27.09.2022, Az.: Au 5 K 22.30581, in MLO: milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/696459/696477/696592/23581966/-/VG_Augsburg%2C_vom_27.09.2022%2C_Au_5_K_22.30581%2C_Urteil.pdf?nodeid=23969277&vernum=-2, abgerufen am 17.10.2022.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 6.

in familiären und Clanstrukturen.⁵⁷ Während in Malis Süden die Beachtung der Grundrechte vom Staat überwacht wird, der somit seiner Schutzaufgabe auch weitgehend gerecht wird, stellt die Sicherstellung wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte landesweit eine Herausforderung dar.⁵⁸ Die Grundversorgung der Einwohner mit Nahrungsmitteln ist in den staatlich kontrollierten Regionen garantiert.⁵⁹ Insgesamt zeigen die Entwicklungen im Jahr 2022, dass sich die Lage in Mali deutlich verschlechtert hat und weiter zu eskalieren droht.⁶⁰

Nach Abwägung aller Erkenntnisse ist das Verwaltungsgericht Augsburg zu der Überzeugung gelangt, dass der Anspruch auf Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG zurecht abgelehnt wurde und die Voraussetzungen für ein Wiederaufgreifen des Verfahrens gemäß § 51 Abs. 1 bis 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) nicht vorliegen. Es wird zum Entscheidungszeitpunkt nicht davon ausgegangen, dass derart schlechte humanitäre Bedingungen vorliegen, die für die Situation des Klägers eine andere rechtliche Beurteilung rechtfertigen würden. So sei die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln in den vom Staat kontrollierten Gebieten, folglich auch in der Heimatstadt des Klägers Bamako, gewährleistet. Unterstützung könne der Kläger auch bei immer noch bestehenden Kontakten und Verwandten in Mali finden. Unabhängig davon, ob der Kläger tatsächlich Analphabet sei oder nicht, ist das Gericht im vorliegenden Fall überzeugt, dass der alleinstehende, gesunde und arbeitsfähige Mann bei einer Rückkehr in sein Heimatland in der Lage sein werde, seinen Lebensunterhalt sicherzustellen und sich ein soziales Netzwerk aufzubauen. Außerdem wird auf die Möglichkeiten verwiesen, finanzielle Hilfen und Zuschüsse in Anspruch zu nehmen. Anhaltspunkte, die für ein Abschiebungsverbot aus gesundheitlichen Gründen sprechen, sind ebenfalls nicht ersichtlich.⁶¹

Weshalb sich die allgemeine Gefahrenlage unmittelbar im Kläger – noch dazu in der verhältnismäßig sicheren Hauptstadt Bamako konkretisieren sollte, hat der Kläger nicht zur Überzeugung des Gerichts dargetan.

Jessica Mogavero, 62E

Blick zum Nachbarn: Türkei – AIDA Country Report 2021 Update

In der Reihe Country Reports⁶² der Asylum Information Database (AIDA)⁶³ wurde im Juli 2022 eine Aktualisierung des Länderberichts Türkei⁶⁴ veröffentlicht. Der Bericht gibt einen detaillierten Überblick über gesetzliche und praxisbezogene Entwicklungen in Asylverfahren, Aufnahmebedingungen, Rückführung von Asylsuchenden und Inhalt des internationalen Schutzes im Jahr 2021 sowie über Verfahren und Inhalt des vorübergehenden Schutzes. Die Aktualisierungen, die in einem Überblick auf den ersten Seiten⁶⁵ dargestellt werden, zeigen folgende Entwicklungen:

2021 und Beginn 2022

Das Jahr 2021 stellte sich auch für die Türkei im Hinblick auf das Thema Migration zweigeteilt dar. Das erste Halbjahr 2021 unterschied sich nicht wesentlich von 2020, da die Auswirkungen der Pandemie in Bezug auf den rückläufigen Zugang zum Asylsystem noch immer zu spüren waren. Ab August – als Folge der Übernahme Afghanistans durch die Taliban – wurden verstärkt Geflüchtete registriert, was zur Verschärfung in der Asyldebatte führte. Vor allem die irregulären Grenzübertritte an der iranischen Grenze wurden in der öffentlichen Debatte diskutiert. Die Folge sind noch immer Behinderungen bei Zu- und Weiterwanderung in und aus dem türkischen Staatsgebiet durch Pushbacks an der griechisch-türkischen Grenze und sogenannte „Blockings“⁶⁶ (Grenzverstärkungen) an der türkisch-iranischen Grenze.⁶⁷

Ukraine

Es konnten bislang 58.000 ukrainische Staatsangehörige visafrei in die Türkei einreisen (Stand: März 2022).⁶⁸ Hilfsprogramme wie in Kuşadası Municipality⁶⁹ wurden aufgelegt und Unterstützung bei der Antragsstellung auf Aufenthaltserlaubnis veranlasst. Ebenfalls bis Ende März 2022 wurden um die 14.000 russische Kriegsgegnerinnen und -gegner registriert, die visafrei einreisen und vorübergehenden Schutz erhalten können.⁷⁰

62 AIDA-Country Reports bestehen aus Berichten zu Asylverfahren, Aufnahmebedingungen, Rückkehr und Regelungen des internationalen Schutzes in 23 Ländern. (s. u.)

63 Die Asylum Information Database (AIDA) ist eine vom European Council on Refugees and Exiles (ECRE) verwaltete Datenbank, die Informationen zu Asylverfahren, Aufnahmebedingungen und Rückkehr in 23 Ländern enthält. Dazu gehören 19 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) (Österreich, Belgien, Bulgarien, Zypern, Deutschland, Spanien, Frankreich, Griechenland, Kroatien, Ungarn, Irland, Italien, Malta, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden und Slowenien) und vier Nicht-EU-Länder (Schweiz, Serbien, Türkei und Vereinigtes Königreich). <https://asylumineurope.org/about-aida/>, abgerufen am 12.10.2022.

64 https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2022/07/AIDA-TR_2021update.pdf Aktualisierung und Veröffentlichung Juli 2022, siehe <https://asylumineurope.org/reports/country/turkiye/>, abgerufen am 12.10.2022.

65 Siehe: Overview of main changes since the previous report update, in: AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 14–20.

66 Siehe ebd.: 1.1. Access at the land border, S. 26f.

67 Die iranische Grenze im äußersten Osten der Türkei wurde mehrfach verstärkt. Unter Hochdruck wird hier an Mauern, Wachtürmen und Überwachungsanlagen gebaut, in: Güsten, Susanne: Der Kurswechsel in der türkischen Flüchtlingspolitik, 4.10.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/migration-der-kurswechsel-in-der-tuerkischen-100.html>, abgerufen am 12.10.2022.

68 AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 14.

69 Ebd., S. 18.

70 <https://www.milliyet.com.tr/eg/halk-gelecegi-kendisi-yaratacak-6840031>, abgerufen am 13.10.2022.

71 „As of March 2022, it was reported that around 14,000 Russians who opposed the war

57 Vgl. ebd.

58 Vgl. ebd.

59 Vgl. ebd.

60 Briefing Notes Zusammenfassung Mali, Januar-Juni 2022 – Deutsch, Informationszentrum Asyl und Migration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, S. 2. In MLO: milo.bamf.de/otcs/cs.exe/open/23743622, abgerufen am 17.10.2022.

61 Vgl. VG Augsburg, Urteil vom 27.09.2022, Az.: Au S K 22.30581.

Rückkehr

Infolge der Machtübernahme der Taliban wurde die unterstützte freiwillige Rückkehr der Internationalen Organisation für Migration (IOM) aus der Türkei nach Afghanistan im August 2021 eingestellt. Daraufhin etablierte die Generaldirektion für Migrationsverwaltung⁷¹ in Ankara ein eigenes System für unterstützte Rückkehr nach Afghanistan. Dieses türkische Rückkehrprogramm ist weniger transparent als das der IOM, und die tatsächliche Zahl der Rückkehrenden ist unbekannt. Diese Rückführungen im Rahmen des eigenen türkischen Rückkehrprogramms nach Afghanistan wurden Anfang 2022 wieder aufgenommen.⁷²

Im Bereich der freiwilligen Rückkehr nach Syrien wurde ein Anstieg verzeichnet⁷³, unter anderem in die Region Idlib, wo die türkische Regierung mit einem Wiederaufbauprogramm aktiv unterstützt und in Hausbau, Schulen und Krankenhäuser investiert. Fraglich bleibt, ob es sich tatsächlich in allen Fällen um freiwillige Rückkehr handelt, da sowohl die Wirtschaftskrise als auch die zunehmend feindselige Haltung der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten die Lage in der Türkei bestimmen.⁷⁴

Problematik Registrierung

Der Zugang zur Registrierung bleibt eines der größten Hindernisse für Menschen, die internationalen Schutz in der Türkei suchten. Es wurden auch Mängel bei der Beantragung des vorübergehenden Schutzes gemeldet. Im Mai 2022 wurde der eingeschränkte Zugang zur Registrierung durch die sogenannte „Dekonzentrations“-Politik⁷⁵ offiziell verschärft. Diese legt fest, dass in den Provinzhauptstädten, einschließlich Istanbul, Ankara und Städten an der Küste, der Ausländeranteil 25 Prozent der Einwohner nicht überschreiten darf. Als Folge dieser politischen Maßnahme sind nun 781 Stadtteile in verschiedenen Provinzen für ausländische Staatsangehörige gesperrt, die Anträge auf vorübergehenden Schutz, internationalen Schutz und Aufenthaltsgenehmigungen stellen wollen.⁷⁶

Materielle Aufnahmebedingungen

Generell beeinträchtigt die Verknappung an Registrierungsmöglichkeiten den Zugang zu grundlegenden, materiellen Diensten für Schutzsuchende. Einer der auffälligsten Mängel des Asylrechtsrahmens der Türkei ist nach wie vor das Fehlen von staatlich finanzierten Unterkünften für Asylsuchende. Dies führt zu weitreichenden Folgen wie Obdachlosigkeit oder unterdurchschnittlichen Lebensbedingungen, die wiederum das Risiko von Diskriminierung und Straftaten erhöhen.⁷⁷ Die materiellen Bedingungen der

Asylsuchenden haben sich aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie 2020-2021 und der Wirtschaftskrise 2021 weiter erheblich verschlechtert.⁷⁸ Integrationsprogramme wurden 2021 möglicherweise aufgrund der volkswirtschaftlichen Herausforderungen kaum diskutiert; weiterhin stellt die EU Mittel bereit, unter anderem für Bildungsdienste und Geldhilfeprogramme.⁷⁹

Resettlement

Rückübernahmen in die Türkei wurden im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens für das gesamte Jahr 2021 ausgesetzt. Im Zeitraum 2016 bis Juni 2022 wurden im Rahmen der 1:1-Regelung insgesamt 33.961 syrische Staatsangehörige in die EU umgesiedelt. Weitere 19.189 (im Zeitraum Januar 2016 bis Juni 2022) konnten nach Kanada, in die USA, Großbritannien und Norwegen überführt werden.⁸⁰

Allgemeiner Überblick über das Jahr 2021

2021 haben laut Generaldirektion für Migrationsverwaltung⁸¹ 29.256 Personen um Schutz in der Türkei nachgesucht. Die drei wichtigsten Herkunftsländer waren dabei Afghanistan (21.926), Irak (4.961) und Iran (1.032).

Neben diesen hier erörterten, aktuellen Entwicklungen und der Asylstatistik 2021 in Form eines Updates in einem vorangestellten Artikel wird anschließend ausführlich das türkische Asylsystem weiterführend erläutert. Auf über 200 Seiten in englischer Sprache⁸² bietet der AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update so einen umfassenden Überblick zur türkischen Asylpolitik und -praxis, deren konkrete Schwachstellen sowie aktuelles Zahlenmaterial.⁸³

Dr. Anke Reiß, 62E

had fled the Russian Federation to Türkiye. These included anti-war bloggers, academics, activists and businesspeople". AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 15.
71 Göç İdaresi Başkanlığı, <https://www.goc.gov.tr/>, dt.: Generaldirektion für Migrationsverwaltung <https://de.goc.gov.tr/>, engl.: Presidency of Migration Management (PMM), <https://en.goc.gov.tr/>, alle abgerufen am 12.10.2022.

72 AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 14, 15, 18.

73 „Türkiye started a housebuilding programme in several regions including Idlib and by May 2022 said 400-500 Syrians were returning to Syria voluntarily per week.“ AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 19.

74 Ebd., S. 15.

75 Ebd.

76 Ebd., S. 16.

77 <https://ecre.org/aida-2021-update-turkiye/>, abgerufen am 12.10.2022.

78 Ebd.

79 Ebd.

80 AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 15.

81 Vgl. <https://en.goc.gov.tr/international-protection17> sowie AIDA Country Report: Türkiye, 2021 Update, Juli 2022, S. 9, beide abgerufen am 12.10.2022.

82 Abstracts der aktuellen Entwicklungen in Türkisch: https://asylumineurope.org/wp-content/uploads/2022/08/AIDA-TR_2021update_summary_Turkish.pdf und Englisch: <https://ecre.org/aida-2021-update-turkiye/>, abgerufen am 12.10.2022.

83 Der Abstract der aktuellen Entwicklung in englischer Sprache ist die Grundlage dieses Artikels. Zu finden unter <https://ecre.org/aida-2021-update-turkiye/>, abgerufen am 12.10.2022.

Neuerwerbungen der Bibliothek

Abdelkader, Samah: Die Anhörung im Asylverfahren : exemplarische Analysen. - Bielefeld: transcript, [2021]. - 1 Online-Ressource (418 Seiten): 4 Illustrationen. ISBN 978-3-8394-5520-3

Akinyosoye, Josephine [u.a.]: Wahrheitspraxen in der deutschen Abschiebe-gesellschaft: Körperlichkeit an der Schnittstelle von Diskurs und Praxis um Reise(un)fähigkeit. - 1 Online-Ressource (Seite 240-255). - In: Kritische Justiz: Vierteljahresschrift für Recht und Politik. - 53 (2020), Heft 2, Seite 240-255

Bergmann, Jan Michael [u.a.]: Ausländerrecht: Aufenthaltsgesetz, Freizügigkeitsgesetz/EU und ARB 1/80 (Auszug), Europäische Menschenrechtskonvention (Auszug), Grundrechtecharta und Artikel 16a GG, Asylgesetz: Kommentar. - 14. Auflage, Rechtsstand: 1. Juni 2022 (BGBl. ausgewertet bis 31. Mai 2022). - München: C.H.Beck, 2022. - 1 Online-Ressource

Deery, Claire: Geschlechtsspezifische Verfolgung und Durchsetzung von geschlechtsspezifischen Rechten im Asylverfahren: eine Arbeitshilfe für Berater*innen. - 2. korrigierte Auflage, Juli 2022. - Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, 2022. - 1 Online-Ressource (55 Seiten)

Jahrbuch des Migrationsrechts für die Bundesrepublik Deutschland. - 2021. - 1. Auflage. - 2022. - 1 Online-Ressource (480 Seiten). ISBN 978-3-7489-1397-9

Forster, Madeleine: Refugee protection in the artificial intelligence era: a test case for rights. - September 2022. - London: Royal Institute of International Affairs, 2022. - 1 Online-Ressource (34 Seiten). - ISBN 978-1-78413-532-4

Haberstroh, Friederike; Kreienbrink, Axel; Lechner, Claudia: Unerlaubter Aufenthalt in Deutschland: Perspektiven, Maßnahmen und Herausforderungen: Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). - Stand: 07/2022. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022. - 1 Online-Ressource (75 Seiten)

Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015: zur Transformation des europäischen Migrationsregimes. - Bielefeld: transcript, 2021. - 1 Online-Ressource (190 Seiten). - ISBN 978-3-8394-5753-5

Knaus, Gerald: Worauf warten wir? Flucht, tödliche Grenzen und ein Versprechen. - In: Ost-West: europäische Perspektiven. - 23 (2022), Heft 3: Zeitenwende in Europa: Das Ende der Nachkriegsordnung, Seite 229-237

Kratzer, Vinzenz: Governmental migration research in Germany: knowledge production at the Federal Office for Migration and Refugees. - Bielefeld: transcript, [2021]. - 1 Online-Ressource (237 Seiten). - ISBN 978-3-8394-5709-2

Küffner, Carla: Un/doing deportation - die Arbeit an der Ausreisepflicht. - Wiesbaden: Springer VS, [2022]. - XIII, 208 Seiten : 3 Illustrationen. - ISBN 978-3-658-38106-6

Lahusen, Christian [u.a.]: Europäische Asylpolitik und lokales Verwaltungshandeln: zur Behördenpraxis in Deutschland und Schweden. - Bielefeld: transcript, 2022. - 1 Online-Ressource (332 Seiten). - ISBN 978-3-8394-3330-0

Linden-Retek, Paul: The refugees we are: Solidarity, asylum, and critique in the European constitutional imagination. - In: German law journal: GLJ: open access to comparative, European, and international law. - 22 (2021), Heft 4, 1 Online-Ressource (29 Seiten)

Marx, Reinhard: Kommentar zum Asylgesetz: AsylG. - 11. Auflage. - Hürth: Wolters Kluwer Deutschland GmbH, [2022]. - 1 Online-Ressource. - ISBN 978-3-472-09762-4

Meißner, Vittoria: Die Asylagentur der Europäischen Union: neue Agentur, alte Herausforderungen. - 13.07.2022. - Bonn: bpb, 2022. - 1 Online-Ressource (6 Seiten)

Oltmer, Jochen: Die Grenzen der EU: europäische Integration, „Schengen“ und die Kontrolle der Migration. - Wiesbaden: Springer VS, [2021]. - 1 Online-Ressource (VII, 53 Seiten)

Oltmer, Jochen: ‚Schengen‘, ‚Dublin‘ und die Ambivalenzen der EU-Migrationspolitik: eine kurze Geschichte. - 28.04.2022. - Bonn: BPB, 2022. - 1 Online-Ressource (5 Seiten)

Pichl, Maximilian: Vom Paria zur anwaltlichen Gegenmacht: eine Geschichte der deutschen Asylrechtsanwaltschaft. - 1 Online-Ressource (Seite 17-30). - In: Kritische Justiz: Vierteljahresschrift für Recht und Politik. - 54 (2021), Heft 1, Seite 17-30

Praktiken der (Im-)Mobilisierung: Lager, Sammelunterkünfte und Ankerzentren im Kontext von Asylregimen. - Bielefeld: transcript Verlag, 2021. - 1 Online-Ressource (469 Seiten)

The implementation of the Dublin III regulation in 2022. - September 2022. - [London], 2022. - 1 Online-Ressource (22 Seiten)

Thiel, Susann: Die Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG: aktuelle Problemanzeigen und Handlungsbedarf: Auswertung der Umfrage des Paritätischen Gesamtverbands zu Praxiserfahrungen mit der Wohnsitzregelung gem. § 12a AufenthG im Oktober-September 2021. - 1. Auflage, April 2022. - Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, 2022. - 1 Online-Ressource (44 Seiten)

Voigt, Claudius: Sicher ist sicher: das Daueraufenthaltsrecht für Unionsbürger*innen und ihre Familienangehörigen. - 1. Auflage, August 2022. - Berlin: Der Paritätische Gesamtverband, 2022. - 1 Online-Ressource (23 Seiten)

Werner, Dirk [u.a.]: Integration durch berufliche Anerkennung für Geflüchtete aus der Ukraine. - 19.05.2022. - Köln: IW, 2022. - 1 Online-Ressource (18 Seiten)

Wyss, Anna: Navigating the European migration regime: male migrants, interrupted journeys and precarious lives. - Bristol: Bristol University Press, 2022. - 1 Online-Ressource (xi, 200 Seiten). - ISBN 978-1-5292-1962-3



Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

10/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

